

ANSPRECHPARTNER



Julia Goll

Innenpolitische Sprecherin

julia.goll@fdp.landtag-bw.de
+49 711 2063-9220



Daniel Karrais

Sprecher für Digitalisierung

daniel.karrais@fdp.landtag-bw.de
+49 711 2063-9340



Nico Weinmann

Sprecher für Kommunales & Bevölkerungsschutz

nico.weinmann@fdp.landtag-bw.de
+49 711 2063-9380



Sven Jacobs

Parlamentarischer Berater

sven.jacobs@fdp.landtag-bw.de
+49 711 2063-9139

INNERES & DIGITALISIERUNG

Wir können stolz auf unsere Blaulichtorganisationen sein, ihre Leistungen können kaum hoch genug eingeschätzt werden und haben unseren vollen Respekt verdient. Die Politik sollte ihnen daher den Rücken freihalten.

Mit dem seit September 2022 geltenden neuen Rettungsdienstplan und der kürzlich verkündeten Umstrukturierung der Luftrettung im Land haben sich wichtige Änderungen ergeben, die wir teilweise im Ergebnis, teilweise in ihrer Ausarbeitung nicht so teilen, wie die Regierung sie beschlossen hat.

Polizei stärken

Grün-Schwarz will eine anonymisierte Kennzeichnungspflicht für geschlossene Einheiten der Polizei, obwohl es gerade dort in den letzten 5 Jahren keine einzige Beschwerde gab, bei der sich die Person der Polizistin oder des Polizisten nicht ermitteln ließ. Die Zahlen belegen also, dass eine Kennzeichnungspflicht die Aufklärung von – vermeintlichem – polizeilichem Fehlverhalten in keiner Weise verbessert. Mit der im November 2022 erfolgten ersten Besprechung eines entsprechenden Gesetzentwurfs **haben der Innenminister und das Kabinett gegenüber unseren Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten das Misstrauen ausgedrückt**. Die halbherzig erfolgte Erklärung, dass die Kennzeichnungspflicht für weniger als 2.000 Polizisten gelten solle, vermag hierbei das ausgesprochene Misstrauen nicht zu relativieren. **Die von den verschiedenen Polizeigewerkschaften ausgedrückten Bedenken und Kritik nehmen wir sehr ernst**.

Der Untersuchungsausschuss „IdP und Beförderungspraxis“, dessen Einsetzung von uns zusammen mit der SPD-Fraktion beantragt

wurde, befasst sich mit Besetzungs- und Beförderungsverfahren im Landespolizeipräsidium. Hier drängt sich der Eindruck auf, dass **Parteizugehörigkeit und Folgsamkeit wichtiger sind als Befähigung und konstruktive Kritik an verbesserungswürdigen Zuständen**. Insgesamt zeigt sich der oberste Dienstherr desinformiert und desinteressiert.

Für uns ist klar: Die offensichtlich unzureichende Führung durch den Innenminister darf nicht auf die Arbeit der Polizei zurückfallen. Deshalb setzen wir uns weiterhin für eine **lückenlose Aufklärung** dieser Missstände ein.

Wertschätzung für unsere Helfer

Wertschätzung für unsere Blaulichtorganisationen drückt sich nicht zuletzt auch durch die sachliche und personelle Ausstattung aus. Feuerwehren und Rettungsdienst brauchen **moderne Wachen und Ausrüstung**, die neuen Herausforderungen gerecht wird. **Aus- und Fortbildungsmaßnahmen** müssen in der Breite ermöglicht werden. Dabei gilt es auch zu berücksichtigen, dass gerade praktische Übungen nicht ausschließlich ins Digitale verlagert werden können. **Das Ehrenamt muss gestärkt werden, damit es auch zukünftig attraktiv bleibt**.

DIE WICHTIGSTEN ANTRÄGE

- » [17/3140](#) - Einsatz von Löschflugzeugen zur Bekämpfung von Waldbränden
- » [17/2991](#) - Sprengungen von Geldautomaten in Baden-Württemberg und mögliche Gegenmaßnahmen
- » [17/3667](#) - Das bodengebundene Rettungswesen
- » [17/2759](#) - Verweigerte Ermächtigung für Ermittlungen wegen der Verletzung von Dienstgeheimnissen
- » [17/2655](#) - Grundlagen und Finanzierung der straf- und presserechtlichen sowie medialen Bewertung durch Rechtsanwalt Christian Schertz vom 31. Mai 2022

Alle Rechte vorbehalten. Die Rechte für die Verwendung der Abbildungen und Textbeiträge liegen bei der FDP/DVP-Fraktion. Diese Veröffentlichung gilt ausschließlich der Information. Sie darf während des Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Arbeitskreis:
Inneres & Digitalisierung

Ansprechpartner:
Julia Goll
Daniel Karrais
Nico Weinmann

IM FOKUS

INNERE SICHERHEIT UND BEVÖLKERUNGSSCHUTZ GEWÄHRLEISTEN

Extremistische Einflüsse jeglicher Couleur befinden sich auf dem Vormarsch. Verfassungsfeindliche Strukturen bestehen bzw. nehmen in ihrer Anzahl im linken wie rechten Spektrum zu. Nicht nur sog. Selbstverwalter versuchen, unseren Staat zu delegitimieren. Dabei zeigt sich, dass viele Extremisten überdurchschnittlich oft gewaltbereit und/oder bewaffnet sind. Deren versuchte Einflussnahme und Mitgliederakquise verschiebt sich zudem immer mehr in den digitalen Bereich, ist damit teilweise schwerer nachzuvollziehen.

Im digitalen Raum sind vermehrt auch Hass und Hetze zu registrieren. Diese Vorgänge müssen unterbunden und von den Strafverfolgungsbehörden aufgearbeitet werden. Gleiches gilt für Kinderpornographie. Hier bietet sich die digitale Welt leider ebenfalls als Möglichkeit, sich mit Gleichgesinnten zu vernetzen und strafbares Bildmaterial beinahe unbegrenzt auszutauschen. Unsere Ermittlungsbehörden sind mit der Sichtung des Materials bereits überfordert, es mangelt überall an Personal. Dabei gilt es in allen Fällen zu prüfen, ob das gesichtete Material nicht sogar einen noch andauernden Missbrauchsfall darstellt, der ein sofortiges Tätigwerden unbedingt erforderlich macht.

Das Internet darf kein rechtsfreier Raum sein; auch dort gelten Recht und Gesetz, auch dort müssen die staatlichen Mechanismen und Institutionen effektiv durchgreifen. **Unser Konzept zur Digitalisierung knüpft auch hier an, es muss noch einiges getan werden!**

Als weiteres Problem stellt sich die zunehmende Clankriminalität dar. Diese kriminellen Strukturen dienen häufig als Katalysatoren für Drogen- und Waffenhandel und Zwangsprostitution. Rivalisierende Clans bekämpfen sich gegenseitig. Wo der Staat Regeln und Gesetze erlässt, finden diese Strukturen Mittel und Wege, diese zu umgehen.

Gegen diese Gefahren **bedarf es eines starken und wehrhaften Staates, um die freiheitlich-demokratische Grundordnung und die Bevölkerung zu schützen.** Hierfür setzen wir uns mit Nachdruck ein.

Hier geht's zurück zur Übersicht!

Alle Rechte vorbehalten. Die Rechte für die Verwendung der Abbildungen und Textbeiträge liegen bei der FDP/DVP-Fraktion. Diese Veröffentlichung gilt ausschließlich der Information. Sie darf während des Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.